

Ä2 zu IA13: Die Konferenz zur Zukunft Europas – Wir machen Druck für gute Ideen!

Antragsteller*innen Tim Odendahl

Antragstext

Aufbauend auf den Beschlüssen „Wir brauchen nicht nur die Konferenz, sondern einen Konvent zur Zukunft Europas!“ vom 20.03.2021 und „Die Konferenz zur Zukunft Europas darf keine Zuhör-Übung werden!“ vom 21.03.2020 fordern die JEF Deutschland,

1. die Zukunftskonferenz möglichst zu verlängern, da die Dauer von nur einem Jahr
2. die vielfältigen Bedürfnisse der Zivilgesellschaft anpartizipationsorientierten, um noch mehr zivilgesellschaftliche Gruppen und öffentliche Medien zu erreichen;
3. die im Rahmen des transparenten und niedrigschwelligen Beteiligungsformats der digitalen Bürgerplattform gesammelten Ideen im weiteren Prozess der Konferenz
4. die JEF essenziell zu beteiligen, um auf allen Ebenen dazu auf, die Bürgerplattform zu nutzen, um die programmatischen Ideen der JEF und des europäischen Föderalismus in die Debatte einzubringen. Dies kann auch bedeuten, bereits
5. alle Mitglieder der JEF (z.B. Bund der Zivilgesellschaften) zu unterstützen; die Mitglieder der Zivilgesellschaft, auf, im Geiste des Europäischen Föderalismus die Ideen der Bürgerinnen und Bürger unvoreingenommen aufzunehmen und die Ergebnisse der Konferenz verbindlich umzusetzen.

Begründung

Die Ausfertigung von Beschlüssen wird enorm dadurch erleichtert, wenn die zuvor beschlossenen Anträge einen einheitlichen Stil haben. Einem beschlossenen Text werden der Titel, das beschließende Gremium, der Ort der Tagung und das Datum des Beschlusses vorangestellt. Nach der Formel "Beschluss im Wortlaut" folgt dann der Beschlusstext.

Ein "möge ... beschließen" muss dann in ein forderndes, aktives Verb (fordern, erwarten ...) umgewandelt werden. Alleine das kann schon redaktionelle Diskussionen herbeiführen, obschon redaktionelle Änderungen in den allermeisten Fällen ohne Auseinandersetzungen führen sollten.

Gut ist, wenn der*die Leser*in nach der Ausfertigung direkt versteht, worum es geht, nämlich, dass wir etwas fordern.

Ich befürchte, dass die Referenzen zu vorangegangenen Beschlüssen die Mehrheit der Leser*innen eher ablenkt. Das finde ich als Historiker natürlich schade, doch in der Außenwirkung geht es weniger um Geschichte, als um Aufmerksamkeit auf unsere politischen Positionen (die Streichung habe ich mir allerdings in diesem ÄA nicht erlaubt).

Besser ist es meiner Meinung nach, wenn die Forderungen der referenzierten Beschlüsse eingebaut werden und somit der vorherige Beschluss faktisch aufgehoben/obsolet gemacht wird. Überspitzt gesagt, bräuchten wir sonst ein JEF-Bundesbeschlussblatt (JBBB), was in dieser Zusammensetzung eher an ein unschönes Kapitel der Berlin-brandenburgischen JEF-Geschichte erinnert.